

# PROTOKOLL

über die 22. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am Montag, den

21. Dezember 1959, im Rathaus, I. Stock rückwärts, Gemeinderatssitzungssaal,

Beginn der Sitzung: 16,00 Uhr

## Öffentliche Sitzung

### Anwesend:

**Vorsitzender:**  
Bürgermeister Josef Fellinger

**Bürgermeister-Stellvertreter:**  
Franz Paulmayr  
Michael Sieberer

**Die Stadträte:**  
Altbürgermeister Ing. Leopold Steinbrecher  
Alois Besendorfer  
Franz Enge  
Alois Huemer  
August Moser  
Prof. Anton Neumann  
Vinzenz Ribnitzky  
Emil Schachinger  
Hans Schanovsky

**Die Gemeinderäte:**  
Alfred Baumann  
Hans Ebmer  
Rudolf Fürst  
Anton Hochgatterer  
Josef Hochmayr  
Franz Hofer  
Johann Holzinger

Johann Knogler  
Franz Küberling  
Erwin Marreich  
Maria Nigl  
Julius Nowak  
Stefanie Pammer  
Leopold Petermayr  
Prof. Stefan Radinger  
Ing. Johann Schinko  
Franz Schmidberger  
Friedrich Stahlschmidt  
Ludwig Wabitsch  
Alois Wally  
Leopold Wippersberger  
Johann Zöchling

**Vom Amte:**  
Magistratsdirektor Dr. Karl Enzelmüller  
Rechnungsdirektor Franz Liska  
Amtsrat Ferdinand Mayrhofer  
Magistratsrat Dr. Johann Eder

**Protokollführer:**  
VK. Alfred Eckl  
VB. Ilse Schausberger

# TAGESORDNUNG

## Berichterstatter Stadtrat HANS SCHANOVSKY:

Ha-6188/59 Genehmigung des Voranschlages 1960.

### Vertrauliche Sitzung:

Präs-509/59 Einmalige Vergütung an aktive Magistratsbedienstete für Mehrdienstleistungen.

Bürgermeister JOSEF FELLINGER:

Ich möchte Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung herzlich begrüßen. Die Tagesordnung ist Ihnen ja zugegangen.

Entschuldigt ist Frau Gemeinderat Kals.

Als Protokollprüfer werden GR. Wabitsch und GR. Schinko bestimmt. Der einzige Tagesordnungspunkt unserer heutigen Gemeinderatsitzung ist die Genehmigung des Voranschlages 1960.

Darf ich Herrn Stadtrat Schanovsky um seinen Vortrag bitten?

Berichterstatter Stadtrat HANS SCHANOVSKY:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Zum 14. Mal darf ich Ihnen einen Voranschlag referieren und zwar für das Geschäftsjahr 1960. Dieser Voranschlag ist Ihnen in detaillierter Form zugegangen und Sie haben sicherlich die Möglichkeit gehabt, Einsicht zu nehmen. Der Voranschlag ist durch 2 Wochen, in der Zeit vom 1. bis 14. Dezember 1959, zur öffentlichen Einsicht im Amte aufgelegt. Es wurden keine Erinnerungen vorgebracht.

- STADTRAT SCHANOVSKY BRINGT HIERAUF DEN IN DER BEILAGE (Seite I - IX) ENTHALTENEN VORBERICHT ZUM VORANSCHLAG FÜR DAS JAHR 1960 ZUR VERLESUNG. -

Damit sollen unsere kommunalen Aufgaben bewältigt werden, die wir uns in diesem Voranschlag zum Ziel gesetzt haben.

Für die pflichteifrige Mitarbeit der Beamten und Angestellten an diesem Voranschlag sei unser Dank zum Ausdruck gebracht. Das Kontrollamt wird gebeten, über eine rentable Wirtschaftlichkeit und ordnungsgemäße Abwicklung zu wachen. Sollten alle diese Vorhaben erfüllt werden, bedarf es nicht nur gemeinsamer Anstrengungen, sondern vor allem der so wertvollen und zweckmäßigen Zusammenarbeit des ganzen Gemeinderates, die bisher so beispielgebend und von so großem Erfolg gekrönt war.

Der Finanz- und Rechtsausschuß hat diesen Voranschlag in seiner Sitzung am 15. Dezember eingehend beraten und stellt nun folgenden Antrag:

Ha-6188/59

Genehmigung des Voranschlages 1960.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

I. Als Grundlage der Finanzierung der Stadtgemeinde Steyr für das Verwaltungsjahr 1960 wird der Voranschlag 1960 genehmigt und zwar:

1. Der ordentliche Haushalt	
a) mit Gesamteinnahmen von	S 65 938 000, --
und Gesamtausgaben von	" 65 938 000, --
<u>Überschuß</u>	
Abgang	- . -
b) mit Reineinnahmen von	S 59 636 700, --
und Reinausgaben von	" 59 636 700, --
<u>Überschuß</u>	
Abgang	- . -
2. Der außerordentliche Haushalt	
mit Gesamteinnahmen von	S 30 480 000, --
und Gesamtausgaben von	" 30 480 000, --
<u>Überschuß</u>	
Abgang	- . -
3. Der Wirtschaftsplan der	
Städt. Unternehmungen	
mit Gesamteinnahmen von	
(Ertrag)	S 6 631 200, --
mit Gesamtausgaben von	
(Aufwand)	" 6 631 200, --
Gewinn	- . -
Verlust	
4. Der Voranschlag der Kranken-	
fürsorgeanstalt der Stadt Steyr	
mit Gesamteinnahmen von	S 340 000, --
mit Gesamtausgaben von	" 340 000, --
<u>Überschuß</u>	
Abgang	- . -

II. Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt; ferner der Sachaufwand des Städt. Wirtschaftshofes in dessen Anordnungsbefugnis sowie die Ausgaben für gewerbliche und kaufmännische Berufs-

schulen.

III. Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaße wie im Jahre 1959 erhoben. Die Hebesätze betragen

1. für die Grundsteuer

- a) Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 400 v.H.
- b) Grundsteuer B für andere Grundstücke bei Berücksichtigung des Mindestbetrages der Steuer gem. § 31 G. St. G. 420 v.H.

2. für die Gewerbesteuer

- a) nach dem Gewerbeertrag und Gewerkekapi tal 180 v.H.
- b) Lohnsummensteuer 1 000 v.H.

IV. Die Sonderhaushaltspläne über Stiftungen und

V. Der Dienstpostenplan

werden genehmigt.

Bürgermeister JOSEF FELLINGER:

Der Antrag über die Genehmigung des Voranschlages 1960 steht zur Debatte.

Als erster Debattenredner hat sich Herr Vizebürgermeister Paulmayr gemeldet.

Bürgermeister-Stellvertreter FRANZ

PAULMAYR:

Sehr verehrter Gemeinderat!

Ich habe das Statistische Jahrbuch österreichischer Städte 1958 vor mir, das vom Statistischen Zentralamt unter Mitwirkung des Österreichischen Städtebundes herausgegeben wurde. Ich machte mir die Mühe, einige Vergleichsziffern herauszunehmen und zwar zwischen den Städten Wels und Steyr, die größtenteils eine große Ähnlichkeit besitzen.

Es stehen hier ganz interessante Zahlen, die ich Ihnen sagen möchte. Die Katasterfläche von Wels beträgt 46 km<sup>2</sup>, die von Steyr 27 km<sup>2</sup>. Wels besitzt 12 629 Haushalte, Steyr 12 776, also die fast gleiche Zahl. Wels hat 49 Gasthöfe mit 810 Betten und 177 943 Übernachtungen, Steyr 17 mit 340 Betten und immerhin 39 837 Übernachtungen. Das ist eine sehr interessante Ziffer, die wir eingehend studieren müssen, wenn wir uns weiterhin bemühen wollen, den Fremdenverkehr anzukurbeln. Wir müssen nämlich zuerst die Grundlagen dafür schaffen. Diese sind, das sage ich ganz ruhig, nicht gegeben. Einige größere Reisegeellschaften und wir wissen nicht, wo wir sie unterbringen sollen. Wels besitzt 3 Altersheime, Steyr eines. In Wels verfügen sie über 189 Betten mit ca. 69 000 Verpflegstagen, in Steyr über 302 Betten mit ca. 107 000 Verpflegstagen. Wels besitzt weiters 8 Kindergärten mit 550 Kindern, Steyr 10 mit 633 Kindern. Private Kindergärten hat Wels 3 mit 185 Kindern und Steyr 4 mit 211 Kindern. An Sport- und Spielplätzen verfügt Wels über eine Fläche von 6,8 ha, Steyr über 12,2 ha. Interessant hinsichtlich der öffentlichen Beleuchtung ist die Zahl der Glühlampen; Wels hat 1 236, Steyr 1 789 Glühlampen aufzuweisen. In Wels

sind 1 019, in Steyr 4 079 Gaszähler in Betrieb.

Interessant ist vielleicht auch die Kraftfahrzeugstatistik. In Wels sind 2 203 PKW, in Steyr 1 942, in Wels 694 LKW und in Steyr 421 gemeldet. An Kraft rädern sind wir mit 896 gegenüber 861 in Wels, voraus; ebenso mit Roller, Wels hat 862, Steyr 1 030.

Interessant ist weiters, die Zahl der Straßenunfälle zu vergleichen. In Wels ereigneten sich 828, in Steyr dagegen nur 431 Verkehrsunfälle. Die Länge der öffentlichen Straßen beträgt in Wels 186 880 m, in Steyr 114 900 m. Der Vergleich der Rechnungsabschlüsse, glaube ich, ist uninteressant.

Der Vergleich der Schulden für das Jahr 1958 ergibt bei einem Schuldenstand von S 23 Mill. in Wels gegenüber S 426 000,-- in Steyr, einen Zinsaufwand für Wels von S 2 Mill., für Steyr von S 70 000,--. Es entfällt somit an Schulden pro Kopf der Bevölkerung in Wels ein Betrag von S 609 und in Steyr von S 12,--.

Darf ich jetzt noch ganz kurz einige Erläuterungen zu den Baumaßnahmen in Steyr im Jahre 1959 geben. Für einen Betrag von S 380 000,-- wurden Beleuchtungsarbeiten durchgeführt, und zwar Haratzmüllerstraße, Neutorbrücke, UNREF-Bauten, Grünmarkt, Christkindl, Färbergasse, Kaplangasse, weiters der Ankauf von Elektromaterial sowie Glühlampenverbesserungen der Schaltbezirke getätigt.

Die Restzahlung für die Instandsetzung der Stahlbrücken betrug 2 1/2 Millionen Schilling. Die Notbrücke bei der Schwimmschule (Pionierbrücke) stellte sich auf S 386 000,--, der Neubau der Reiterbrücke auf S 120 000,--, der Abbruch des Restteiles der kleinen Fallbrücke auf S 8 000,--. Für den Neubau der Schwimmschulbrücke beträgt der Jahresanteil 1959 ca. 1 Million Schilling. Der Neubau der Reiterbrücke stellt sich auf 21,5 Millionen Schilling, der Jahresanteil 1959 betrug ca. 3 Millionen.

Für Straßenregulierungen und Straßenbauten, Ausbau des Steinwändweges wurden S 50 000,--, Ausbau bei den UNREF-Bauten S 150 000,--, verlängerte Posthofstraße S 320 000,--, Färbergasse S 230 000,--, Sieminger Straße 60 000,--, Asphaltierung Münichholz S 50 000,-- ausgegeben. Weiters waren erforderlich, für Kanalbauten Taschelried und UNREF S 250 000,--, Restarbeiten beim Volksbad Schilling 5 1/2 Millionen, Restarbeiten Taborrestaurant S 300 000 für Sportplatz Rennbahn (Aufenthaltsgebäude, Roll- und Eislauffläche, Tennisplätze, Planierungsarbeiten) S 500 000,--. Weiters wurden verausgabt, für Wasserleitungsbauten wie 2. Versorgungsleitung Hausleiten S 260 000,--, 2. Versorgungsleitung Pumpwerk 1 1/2 Mill., Ausbau des Brunnens VII S 380 000,--.

Für Wohnungsbauten, UNREF-Wohnungen (152 Wohnungseinheiten), Ennsleite IX/1-2 (40 Wohnungseinheiten), Ennsleite VI (16 Wohnungseinheiten), Tabor X (32 Wohnungseinheiten), Tabor IX (40 Wohnungseinheiten) und Steinfeldstraße (20 Wohnungseinheiten) wurden im Jahre 1959 S 19,4 Mill. verausgabt.

Ich glaube, daraus ist zu ersehen, daß die Tätigkeit des Bauamtes zweifellos befriedigend war.

Ein großes Kapitel in Steyr ist auch die Baupolizei. Es gibt Leute, die, wollen wir gelinde sagen,

große Egoisten sind. Es werden da oft die abenteuerlichsten Ansinnen gestellt. Existiert beispielsweise für irgend eine Straße ein Verbaupungsplan, in dem nun eine gewisse Höhe der Häuser usw. vorgeschrieben ist, so kommt oft jemand und will anstatt 2 Stockwerke fünf bauen. Oder es tritt auch der umgekehrte Fall ein, daß jemand nur parterre bauen will. Das ist natürlich nicht zu machen. Es ergeben sich hier immer Schwierigkeiten und ich weiß auch, daß diesbezüglich viel geschimpft wird. Ich muß hier sagen, was das Bauamt macht, ist überall zu sehen und da kann daher jeder kritisieren. Ich möchte nicht boshaft sein und vielleicht diverse andere Abteilungen anschauen, die ihre Arbeit nicht öffentlich aushängen, wo man nicht die Straße oder das Haus sehen kann, ob nicht so manche Sachen durchgeführt werden, die vielleicht einer Kritik nicht standhalten könnten.

Einer Körperschaft möchte ich auch noch einige Worte widmen, und zwar unserer Städtischen Feuerwehr. Dabei möchte ich Ihnen aber auch sagen, wie die Ausrüstung ist - die wenigsten Leute wissen das. Wenn es brennt - dies ist Gott sei Dank sehr selten der Fall - ist es klar, daß die Feuerwehr da zu sein hat. Hier möchte ich Ihnen nun folgendes Interessante sagen: Die Feuerwehr hat eine Funksprechanlage in der Zentrale, eine Funksprechanlage im Kommandowagen, eine im Tankwagen I und ein tragbares Gerät. Jetzt kommt das unschätzbare. Wir haben 5 Tankwagen mit Hochdrucknebeln, die zusammen 14 000 l Wasser mit sich führen können. Durch diese Hochdrucknebeln ist ein geringerer Wasserverbrauch gegeben, sodaß man mit der beinhaltenen Menge auch größere Brände bekämpfen kann. Außerdem besitzt die Feuerwehr 7 Rüstwagen. Sie hat auch eine neue Zugmaschine bekommen, die einige hunderttausend Schilling gekostet hat. Ohne Witze machen zu wollen, darf ich feststellen, daß die Feuerwehr jederzeit zur Stelle ist und dies auch schon oft unter Beweis gestellt hat. Umgekehrt darf ich aber auch sagen, daß die Gemeinde der Feuerwehr jederzeit alles Notwendige zur Verfügung gestellt hat. Der tadellose Einsatz, den die Feuerwehr bei der heurigen Hochwasserkatastrophe geleistet hat, wurde allgemein anerkannt und als Referent möchte ich es mir nicht entgehen lassen - ich bin zwar nicht ehrgeizig - hier in der Budgetsitzung nochmals der Städtischen Feuerwehr den herzlichen Dank für ihre freiwillige, unermüdete Dienstleistung auszusprechen. Ich glaube, Sie werden mir die Ermächtigung geben, daß ich dies im Namen des Gemeinderates machen kann.

Über das Budget selbst möchte ich nicht viel sagen. Die Ausführung des Herrn Stadtrates Schanovsky war ja klar genug. In den diversen Besprechungen usw. war ja Gelegenheit, hiezu Stellung zu nehmen, und ich sage ganz offen, Fensterreden liebe ich nicht. Im Namen der Fraktion gebe ich dem Budget die Zustimmung.

**Bürgermeister JOSEF FELLINGER:**

Danke. Der nächste Debattenredner ist Herr Stadt-

rat Moser. Bitte!

**Stadtrat AUGUST MOSER:**

Sehr verehrter Gemeinderat!

Wir haben, wie wir gehört haben, einen ausgeglichenen Haushaltsplan vor uns liegen, der an der Hundertmillionengrenze liegt wie in der Vergangenheit. Trotzdem müssen wir feststellen, daß er um 3 1/2 Millionen Schilling geringer ist und wir seit Jahren eine Schrumpfung unseres Budgets zu verzeichnen haben. Trotz anhaltender Konjunktur müssen wir also feststellen, daß die Finanzlage der Gemeinden nicht besser geworden ist. Die Abgaben der Gemeinden sind leider nicht kleiner geworden. Vordringlich ist nach wie vor, wie wir alle wissen, wie in allen Industriestädten, der Wohnhausbau. Obwohl sich die Gemeinde bemüht, ihr möglichstes zu tun, kommen wir dem Bedarf mit den vorhandenen Mitteln nicht nach. Ein besonderes Problem für Steyr stellt ja auch der Brückenbau dar, der eine unumgängliche Notwendigkeit ist und uns große Summen kostet. Ein ebenso vordringliches Kapitel ist der Wege- und Straßenbau. Davon ist einiges als wirklich vordringlich zu bezeichnen, wenn wir gewisse Engpässe von Straßen, die in Steyr vorhanden sind, nicht zu Todesfallen heranwachsen lassen wollen. Wir sehen auch, daß der kommende Haushalt besonderen Belastungen ausgesetzt ist, wie schon angeführt wurde, durch die Beiträge an das Land für Berufsschulen, die uns ungefähr 4 Millionen Schilling kosten, dann durch die bedeutend höhere Belastung pro Kopf der Bevölkerung für den Polizeikostenbeitrag. Es war vorauszusehen, daß Herr Kamitz trotz des neuen Finanzausgleichsgesetzes den Gemeinden nichts schenken wird. Er geht ja nach dem Grundsatz der Börsianer vor, ich gebe, ich nehme, und hat auf der einen Seite gegeben und auf der anderen Seite den Gemeinden genommen. Ich möchte beim Kapitel Polizei beginnen. Ich weiß, das ist eine sehr oft, auch von der Polizei mißverständene Sache. Trotz alledem stellen wir fest, daß wir ständig gegen die Belastung der Bevölkerung durch den Polizeikostenbeitrag ankämpfen werden. Wir werden dies so lange machen, bis dieser Beitrag fällt, genau so wie wir es mit dem Notopfer gemacht haben. Ich stelle wieder ausdrücklich fest, daß sich diese Ausführungen gegen den Polizeikostenbeitrag, nicht gegen die Beamten oder die Mannschaft der Polizei richten, sondern gegen eine uns erscheinende ungerichte Belastung der Gemeinden. Wir stehen auf dem Standpunkt, jeder Arbeitgeber soll seine Bediensteten selbst bezahlen. Ich glaube, daß man im allgemeinen sagen kann, daß das Verhältnis der Polizei zur Bevölkerung und umgekehrt, in Steyr als ein recht gutes zu bezeichnen ist. Das soll, wenn ich dies offiziell zum Ausdruck bringe, den Polizeibeamten und der Sicherheitswache sagen, daß wir nichts gegen die Polizei an und für sich haben, sondern wie schon angeführt, gegen die Belastung der Gemeinde durch den Polizeikostenbeitrag. Wir stellen dem gegenüber die Frage, was bezahlen die Landgemeinden für die Gendarmerie, die auch eine Bundeseinrichtung ist? Nichts!

Warum gerade die Gemeinden belasten, mit einem Beitrag, der eigentlich dem Bund zustehen würde? Herr Kamitz jammert, daß er zu wenig Geld hat. Es gäbe verschiedene Quellen, wo er Geld nehmen und ersparen könnte; beim Bundesheer z. B. Ich glaube, daß hier in der österreichischen Bevölkerung eine ziemlich einheitliche Auffassung besteht, nämlich, daß das Bundesheer um die Hälfte verringert, den Aufgaben die ihm im österreichischen Gebiet zufallen, vollaufgenügen würde. Es könnte da ruhig eine Milliarde eingespart werden. Wenn auch der Ehrgeiz des Herrn Graf scheinbar dahin geht, sich mit der Auf- und Ausrüstung des Bundesheeres auf die Seite einiger Großmächte stellen zu wollen, so soll ihm doch immer deutlich und oft gesagt werden, und zwar von allen Stellen, daß er sich im Zeitalter der Abrüstung, in einer Zeit, in der dieser Ruf immer deutlicher in der Welt wird, da der Wahnsinn des Weltrüstens doch überall eingesehen wird, damit bescheiden soll, ein kleineres Bundesheer aufzustellen und zu führen. Wenn von der Verteidigung unseres Heimatlandes so viel gesprochen wird, so möchte ich sagen, daß jeder gute Österreicher - die Vergangenheit hat es bewiesen - dazu bereit ist, seine Heimat zu verteidigen. Gerade das österreichische Bundesheer aber hat in der Vergangenheit zweimal schwer versagt, 1934 hat man die österreichischen Soldaten gegen österreichische Arbeiter eingesetzt und 1938, als es gegolten hat, die Grenzen unserer Heimat zu verteidigen, hat man gesagt, wir wollen keinen Bruderkrieg führen, und hat auf die Verteidigung verzichtet und kapituliert. Wer glaubt, daß es in Zukunft anders sein wird? Wenn es zu einer kriegerischen Auseinandersetzung kommen sollte - hoffen wir, daß dies vermieden werden kann - was wird dabei das österreichische Bundesheer schon für eine Rolle spielen? Außer, und es scheint fast so zu sein, daß Herr Graf träumt, einen Beitrag zur NATO leisten zu wollen. Im übrigen glauben wir, hier könnte wirklich eingespart werden, weil der Bedarf in dem Ausmaß für das österreichische Bundesheer nicht gegeben ist.

Wir haben schon gehört, daß uns das Schulwesen mit höheren Beiträgen belastet und zwar durch die Berufsschulen. Das Land sucht hier Geldquellen und zwar wiederum bei den Gemeinden. Wir sind der Auffassung, daß das Land sich seit Jahren eine sehr ausgiebige Geldquelle entgehen läßt, die mit der Bundesregierung zusammenhängt. Es ist dies die Ölfrage. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen und es ist unsere Presse, die kommunistische Presse des Landes, die seit Jahren darüber schreibt, wie unverständlich es ist, daß sich die oberösterreichische Landesregierung nicht wehrt um den Anteil, der ihr an unserem Bodenschatz in Oberösterreich, es ist dies das Erdöl, zukommt. Es ist erfreulich und zu begrüßen, daß gerade vor wenigen Tagen bei der Landtagsitzung endlich, nach Jahren, ein Dringlichkeitsantrag gefaßt wurde, der vom Bund verlangt, daß dem Land die notwendigen Schürfrechte eingeräumt werden und der zustehende Anteil an diesem Bodenschatz gegeben wird. Es ist ja widersinnig und scheint irgendwie typisch österreichisch zu sein, daß Bund

und Land an der unrechten Quelle zu sparen versuchen und dabei auf Rieseneinnahmen verzichten, die ihnen zur Verfügung stünden, gerade auch beim Ölkapitel. Dies betrifft ebenso das Wiener Memorandum, denn auch die Ölquellen auf niederösterreichischem Boden sind seinerzeit schon unter der deutschen Herrschaft dem ausländischen Kapital ausbezahlt worden. Was besonders uns im engeren Wirkungskreis betrifft, ist, daß man Schürfrechte der RAG, Erdölkriegsgesellschaft, gegeben hat, während man sie dem Lande Oberösterreich immer noch verweigert. Ich glaube, hier liegen Fehlerquellen in der Beschaffung und Ersparung von Kapital, die die Gemeinden sehr nachdrücklich zu spüren bekommen, weil man diese immer mehr belastet mit Ausgaben und Abgaben an diese beiden Regierungsstellen.

Zum Kapitel Sport und körperliche Ertüchtigung.

Ich möchte hier ganz offen sagen, wir haben ja schon einige Male darüber gesprochen und ich glaube, es gibt hier keine Fraktion, die nicht einsieht und bereit ist, Mittel für Sport und körperliche Ertüchtigung bereitzustellen. Nicht so ganz groß wie das Verständnis des Gemeinderates ist aber das Verständnis der Bevölkerung draußen, mit Ausnahme der Sportler natürlich. Es täte mich sehr wundern, wenn nicht auch die Angehörigen der anderen Fraktionen über die hohen Auslagen für den Sport schon wiederholt verwunderte Fragen gehört hätten. An uns wurde es jedenfalls von Erwachsenen schon oft herangetragen und gesagt, diese Ausgaben, wie z. B. jetzt wieder S 500 000, -- für den Sportplatz Rennbahn usw., könne man nicht verstehen. Ich weise darauf hin, daß hier sehr wahrscheinlich auf Grund dieser Stimmen, das Verständnis des Gemeinderates größer ist als das der Bevölkerung. Wir sind also, das haben wir alle erklärt, für die körperliche Ertüchtigung. Bei dieser Gelegenheit nun möchte ich aber ein Kapitel anschneiden, das weit darüber hinaus geht und eine Fehlleitung, möchte ich sagen, körperlicher Ertüchtigung darstellt.

Wir konnten in der letzten Zeit in verschiedenen Staatsgebieten feststellen, daß sich wieder eine Betätigung breit macht, die sich gegen, sagen wir, Österreich und die gutgesinnte österreichische Bevölkerung richtet. Es sind, ich sage es ganz offen, der Bund heimatreuer Jugend, teilweise gefördert auch vom deutschen Turnverein, nennen wir ihn ruhig so, vom deutschen Turnbund, der sich namentlich heute etwas anders nennt. Man sieht hier Runenzeichen, dann kommt "gegen" Sichel und Hammer (wieder gezeichnet). Ich mache darauf aufmerksam, daß Sichel und Hammer - jedem Staatsbürger ist dies bekannt - als Symbol der Arbeit auch in unserem Staatswappen enthalten ist. Diese Organisationen richten also ihre Tätigkeit gegen unseren Staat. Wir sollen das nicht unterschätzen. Gerade in den abgelaufenen Wochen, ich verweise auf die Schillerfeier in Wien, ich verweise auch auf die Kundgebung des Bundes Heimattreuer Jugend - wie er sich getarnt bezeichnet - in Linz, denen gegenüber erfreulicherweise die demokratische Jugendvereinigung und die Gewerkschaftsjugend sehr scharf aufgetreten ist. Es ist wirklich zu begrüßen, daß gerade die Gewerkschaftsjugend sich auch in die Reihe der Abwehr

dieser nazistischen Betätigung stellt. Aber nicht nur in Steyr, sondern auch in anderen Orten zeigen sich solche Dinge. Ich habe gestern irgendwo gelesen, daß in Korneuburg oder Klosterneuburg ebenfalls diese Dinge aufgezeigt wurden. Dort hat man eine Art Schillingmünze verbreitet mit nazistischen Losungen und mit Hitlerporträt. Also sie treten wieder ziemlich offen auf und ich bin der Meinung, daß es Aufgabe aller öffentlichen Körperschaften und auch der Behörde ist, diesen nazistischen Bestrebungen aufs schärfste entgegen zu treten und dagegen zu protestieren. Wir wissen, daß sie unter dem Schutz oder mehr oder weniger unter dem Einfluß der FPÖ stehen, die ja bekanntlich auch gegen das Neutralitätsgesetz Österreichs gestimmt hat, als es im Parlament zur Diskussion und Abstimmung gestanden hat und offen zugibt, ihre Hauptbestrebungen seien, Österreich deutsch zu erhalten - na, ich glaube, wir werden nicht tschechisch oder slowenisch werden - damit aber sagen will, daß sie - es wird heute aus bestimmten Gründen noch nicht so offen ausgesprochen - den Anschluß an Deutschland propagiert. Wir wissen, daß wir als neutrales Österreich..

ZWISCHENRUF VON GEMEINDERAT KÜPFERLING:  
Wollen Sie absolut hetzen?

STADTRAT AUGUST MOSER:

Wir stellen Tatsachen fest, Herr Gemeinderat, Tatsachen, die ich beweisen kann und die Sie nicht leugnen können, weil es eben Tatsachen sind. Ich bin bereit, sie zu beweisen.

GEMEINDERAT FRANZ KÜPFERLING:  
Ich bitte darum!

STADTRAT AUGUST MOSER:

Ich gehe mit Ihnen zu den Plätzen, wo diese Dinge aufgeschrieben sind, hingeschmiert mit Kreide,

GEMEINDERAT FRANZ KÜPFERLING:  
Von wem?

STADTRAT AUGUST MOSER:

Die Tatsache, daß die FPÖ gegen das Neutralitätsgesetz gestimmt hat, schauen Sie sich in den Parlamentsprotokollen an. Das sind die Beweise dafür.

Das wollte ich also festgestellt haben und sagen, daß uns natürlich schon Aufgaben daraus erwachsen. Zum Kapitel Wohnbau:

Herr Vizebürgermeister Paulmayr als Referent hat, wie es selbstverständlich ist, sein Ressort herausgestrichen und verteidigt. Er hat im großen und ganzen Recht. Wir alle im Gemeinderat bemühen uns, das Bestmögliche, den Mitteln entsprechend, zu leisten. Die Mittel sind leider zu gering. Ich unter-

streiche, was er bezüglich der baupolizeilichen Maßnahme usw. gesagt hat. Ich glaube aber trotzdem nicht sagen zu können, daß wir Grund bezüglich des Bauamtes zur Selbstzufriedenheit haben. Ich habe in der vergangenen Budgetdiskussion im Vortrag gesagt, wir müssen nicht nur Wohnungen bauen, sondern wir müssen uns bemühen, billiger zu bauen. Ich habe damals als Beispiel angeführt, daß man bei einem stattgefundenen Kongress von Baufachleuten des In- und Auslandes in Wien festgestellt hat, daß, wenn man mindestens ein- oder zweimal denselben Typ eines Wohnhauses gebaut hat, das nächste bei richtiger Kalkulation schon um 17 % billiger gebaut werden kann. Ich kann mich nicht erinnern, daß im abgelaufenen Jahr von Seiten des Bauamtes einmal irgend ein Vorschlag dem Bauausschuß unterbreitet worden wäre, in dem man auf Verbilligung des Bauwesens hingezielt hätte. Ich glaube schon, daß es Aufgabe des Bauamtes wäre, diese Entwicklung im Bauwesen zu verfolgen und sich zu bemühen bzw. einen ihrer Baumeister oder Architekten zu beauftragen, der Gemeinde bzw. dem Bauausschuß Vorschläge zu unterbreiten, die eine Verbilligung herbeiführen könnten. Ich verweise auf die Gemeindezeitung - ich glaube es war die vorletzte Nummer - in der irgend ein Ministerialrat oder Sektionschef, jedenfalls ein höherer Beamter, der Namen ist mir entfallen, ein sehr interessantes Kapitel über das Bauwesen geschrieben hat. Dieser hat teilgenommen an Studienreisen einer internationalen Kommission sowohl im Osten als auch im Westen und stellte beispielsweise fest, daß man in Moskau heute große Wohnhäuser baut mit einem Arbeiterstand von 6 bis 7 Monteuren und einem 5-Tonnen-Kran, und dazu nur 2 Monate braucht. Es ist dies ein Mann, der bestimmt nicht in den Verdacht kommt, kommunistenfreundlich oder sowjetfreundlich zu sein. Nun, ich möchte dazu sagen, es ist mir klar, daß wir das Bauwesen der Gemeinde Steyr nicht mit dem der 7 Millionenstadt Moskau vergleichen können, die ungefähr soviele Einwohner hat - grob verglichen - wie ganz Österreich, aber es würde mir schon einleuchten, daß, wenn man das Wohnungswesen wirklich zentral planen würde, besonders für die Städte, es möglich und auch notwendig wäre, Wien wäre hier führend, eine Fabrik einzurichten, die industriell die Baustücke vorbereitet, so wie man dies in Moskau und zum Teil auch im Westen macht. Die Bauten würden hierdurch dementsprechend verbilligt werden. Es ist mir klar, daß in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung dies viel schwieriger ist als in einem Staat, wo die Planwirtschaft eben vorherrschend ist. Trotz all dem aber, weil wir ja interessiert sind, nicht nur gute Wohnungen zu schaffen, sondern dies auch möglichst billig zu tun, weil sich das teure Bauen ja auf die Mieten auswirkt, sollte man doch versuchen, die Aufmerksamkeit unseres Bauamtes auf diese Dinge hinzulenken, damit es sich damit beschäftigt. Es ist klar, daß hier, wo die Bauten an einzelne Baufirmen vergeben werden, dies schwieriger ist. Aber ich sehe durchaus die Möglichkeit, bei konzentrischer Einflußnahme auf die konkurrierenden Baumeister, diesbezüglich eine Verbilligung

herbeizuführen.

Ich möchte hier beim Bauwesen auch noch zum Kapitel Straßen und Wege zurückkommen. Besonders, die Fußwege sind oft in einem katastrophalen Zustand; ich kann da nicht nur ein Beispiel, sondern mehrere anführen.

In der Pachergasse z. B. wurde im Herbst von der Post eine Kabelleitung gelegt und dann nur ganz provisorisch zugeschüttet. Dieser unleidliche Zustand erstreckt sich von der Autobushaltestelle in der Johannesgasse bis hinunter zum Ecker Tischler in der verlängerten Haratzmüllerstraße, Ecke Grenzgasse, wo man einfach nicht gehen kann. Bis jetzt lag Schnee darüber - Nun aber ist wieder alles aufgeweicht und man rutscht und stolpert, da die Straße nicht richtig zugestampft ist und die Steine nur so herumliegen. Diese Straße ist jetzt eine der meist befahrensten Verkehrsstraßen. Man muß, wenn man auf diesem Weg nicht stürzen will, auf der Straße gehen und sich der Gefahr des Niedergefahrenwerdens aussetzen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken und bitten, daß man hier ehebaldigst - daß dies jetzt im Winter nicht gemacht werden kann, verstehe ich ja, aber es wäre schon Monate früher Zeit und Gelegenheit hiezu gewesen - Abhilfe schafft.

In der verlängerten Haratzmüllerstraße, gegenüber dem Wasserwerk der Steyrwerke befindet sich die Kellaugasse, wo auch ich wohne. Es ist dort eine ganze Siedlung. Ein Großteil der Frauen muß täglich zum Geschäft Prinz einkaufen gehen. Dort gibt es keinen Fußweg, nur auf der gegenüberliegenden Straßenseite besteht einer. Beim Verkehr der sich dort abwickelt, muß man mindestens 10 Minuten warten, bis man die Straße überqueren kann, dann geht man 50 Schritte und überquert sie wieder. Es ist also damit ein riesiger Zeitverlust verbunden. Geht man aber wie die Straße läuft, gerade, so läuft man der Gefahr niedergestoßen zu werden. Ich mache darauf aufmerksam, daß in den letzten Tagen sich dort zwei schwere Verkehrsunfälle ereignet haben, an denen Kinder und auch Erwachsene zu Schaden gekommen sind. Ich habe Herrn Dipl. Ing. Riebler, der sich mit der Sache beschäftigt, einmal auf diesen Übelstand aufmerksam gemacht und anerkennenswerterweise von ihm nach Überprüfung der Sachlage auch Bescheid erhalten und zwar dahingehend, daß es sich zwar um eine unüberblickbare Stelle handelt, eine Autofalle geradezu, man aber nichts ändern kann, weil man von der Nachbarschaft ein Stück Grund ablösen müßte, das nicht zu bekommen ist. Ich appelliere an den Herrn Bürgermeister, alles zu tun, um dort eine Grundstücksablöse vornehmen zu können und sich nichts entgehen zu lassen, um die ständige Lebensgefahr dort zu beseitigen.

Das möchte ich bezüglich des Bauamtes gesagt haben. Es gibt schon noch verschiedene Aufgaben, die besser durchgeführt werden könnten als dies bisher gemacht wurde.

Zum Gaspreis möchte ich folgendes sagen: Wir alle wissen jetzt, daß das Gaswerk in die Hände der Gemeinde übergegangen ist und die Gemeinde darüber

frei disponieren kann. Wir kennen unseren Herrn Finanzreferenten, der immer sehr vorsichtig ist, was keine Untugend darstellt. Aber der Herr Finanzreferent weiß genau so gut wie wir alle, daß die gesamte Steyrer Bevölkerung, die auf den Gasbezug angewiesen ist, diesen hohen Gaspreis als sehr belastend empfindet. Wir sprechen hier ruhig ohne Übertreibung im Namen der Bevölkerung, wenn wir sagen, daß die Gemeinde alles tun möge, um den Gaspreis ehestens herabzusetzen.

Nun noch einiges zum Finanzausgleichsgesetz. Steyr schneidet ja momentan dadurch nicht schlecht ab, das stimmt. Der Herr Finanzreferent hat aber schon angeführt, daß von der Gewerbesteuer beispielsweise uns der Herr Finanzminister 40 % weggenommen hat und der uns verbleibende Rest immerhin eine sehr schwankende Einnahme darstellt und es andere Einnahmen gäbe, die stabiler sind, in ihrem gesamten Zusammenhang allerdings die Autonomie der Gemeinde wieder stark einengen, weil uns ja vom Bund dann die Ertragsanteile usw. zugewiesen werden. Ich glaube, hier ist es wirklich Aufgabe des Städtebundes, sich gegen die Finanzpolitik gegenüber den Gemeinden zumindest eben so viel wie bisher zu wehren. Seinerzeit wurde mir erwidert, ich solle nicht glauben, daß der Städtebund sich nicht wehrt gegen verschiedene Maßnahmen des Herrn Kamitz. Ich möchte sagen, man muß sich eben mehr dagegen wehren. Wir wissen, daß uns im Leben nichts geschenkt wird und wir um alles kämpfen müssen. Ich möchte sagen, daß das Finanzausgleichsgesetz in seiner Gesamtheit den Gemeinden nicht das gebracht hat, was sich viele davon erhofft haben. Selbst wenn Steyr momentan etwas günstiger abschneidet, so sind uns lange noch nicht jene vielen Millionen zurückgegeben, die wir als Notopfer in den vergangenen Jahren an den Bund - unrechtmäßigerweise möchte ich sagen, gesetzlich war dies leider fundiert - geleistet haben. Soviel man hört, plant ja Herr Kamitz, weitere Änderungen bezüglich der Gewerbesteuer vorzunehmen und wir wissen noch nicht, was uns in Zukunft diesbezüglich noch treffen wird.

Zur Suche nach Einnahmen des Bundes möchte ich noch sagen, daß er großzügiger sein sollte. Ich glaube, das müßte immer wieder vom Städtebund im Kampfe um die Rechte der Gemeinden gesagt werden. Betrifft es ihre Autonomie in der Steuergesetzgebung oder auch ihre Abgaben, so müßte gesagt werden, daß man ja wo anders sparen könnte. Ich habe beispielsweise das Bundesheer angeführt und möchte auch wieder anführen, daß so wie in den vergangenen Jahren, in denen die Kirche 200 Mill. Schilling zugesprochen erhielt, auch diesmal wieder 100 Mill. Schilling für die Kirche vorgesehen sind. Ich finde das überflüssig. Die Kirche verschafft sich schon selbst Einkommen, das wissen wir aus der Erfahrung und gerade der jetzige Prozess, der in Wien läuft, wo es um das Rasierklingengeschäft gegangen ist, das daneben ging, wo aber aus Kirchenmitteln 16 Mill. verausgabt wurden, zeigt uns das. Wenn die Kirche ohnehin so geschäftstüchtig ist und das ist sie, das wissen wir auch, dann soll sich der Herr Kamitz weniger damit beschäftigen,

der Kirche hunderte Millionen zuzuschützen, sondern diese lieber den Gemeinden überweisen oder die Gemeinden weniger belasten.

Zum Schlusse möchte ich nun noch einige Wünsche zum Ausdruck bringen. Zum Teil sind es Wiederholungen aus dem vergangenen Jahr, die nicht durchgeführt wurden, die aber immerhin dringlich erscheinen. Es muß nicht überall, glaube ich, soweit kommen und eine Sache so lange nicht durchgeführt werden, bis es tatsächlich Unglücksfälle gibt, die Menschenleben kosten.

Ein Wunsch, den wir schon jahrelang aussprechen, ist, daß das Wartehäuschen am Plenkelberg bei der Autobushaltestelle endlich einmal gebaut wird. Beim Bad wurde ein Wartehäuschen gebaut. Das ist in Ordnung. Aber hätte es die Finanzen der Gemeinde wirklich so erschüttert, wenn man auch am Plenkelberg, wo die Leute jahraus, jahrein, bei Regen, Schnee und Sturm stehen müssen, eines errichtet hätte.

Ich ürgiere auch den Ausbau des Weges der zum Lehmannhof führt und der dringend einer Terrassierung bedarf, um ihn auch für ältere Leute im Winter gangbar zu machen. Neuerdings verweise ich auch auf die Dringlichkeit des Ausbaues des Fischhubweges. Hier besteht wiederum gemeinsames Interesse mit Herrn Gemeinderat Hochmayr, das heißt, nicht unser beider Interesse ist dies, sondern das der in der Siedlung wohnenden Bevölkerung. Der Verkehr wird dort immer größer. Es fahren dort sowohl Last- als auch Personenwagen und die Gemeinde müßte es sich angelegen sein lassen, diesen Weg endlich einmal auszubauen. Ich erwähne im Zusammenhang damit daselbe wie im Vorjahr. Sowohl für die Fischhubssiedlung als auch für die Kellausiedlung besteht für die Kinder und Schuljugend noch immer kein Spielplatz und die Nachbarn geraten sich noch immer in die Haare, wenn die Buben dort beim Spielen die Fenster einschließen. Das Terrain für einen Spielplatz wäre ja gegeben. Die ehemalige Schottergrube könnte ja zu einem Spielplatz ausgebaut werden. Herr Vizebürgermeister Paulmayr hat uns ja dankenswerter Weise eine Statistik vorgelesen, nach der, wenn ich mich nicht irre, Wels uns mit Spielplätzen überlegen ist. Wir Steyrer sind ja mit Recht auf unseren Auf- und Ausbau stolz, weil man mit den vorhandenen Mitteln, ich habe schon vorher gesagt, ziemlich ausgewogen budgetiert. Man soll aber auch auf diesem Gebiet einen Spielplatz für die Schuljugend bauen. Dies ist unbedingt notwendig und ich appelliere an den Gemeinderat, hier einen Ausbau vorzunehmen.

Nun möchte ich eine Anfrage stellen, Wir wissen alle, daß das alte Schulgebäude auf der Ennsleite schon jahrelang leersteht. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß es bei unserem Mangel an Kindergärten und Wohnräumen unverständlich ist, daß man dieses alte Schulgebäude nicht schon längst restauriert hat, um das eine oder andere daraus zu machen. Gesprochen wurde wiederholt davon, sowohl im Stadtrat, als auch im Bauausschuß. Geschehen aber ist nichts. Es ist ein Gespräch, gerade der Enns-

leitenbevölkerung, warum da nichts geschieht. Eine Restaurierung würde wahrscheinlich billiger kommen, als irgendwo einen Neubau aufzuführen.

Wir freuen uns, daß unser Appell vom Vorjahr nun Anklang gefunden hat und man auf der Ennsleite, wie aus dem Voranschlag zu ersehen ist, einen Kindergarten errichten will. Ich glaube an dem Erfolg auch ein bißchen teilhaben zu können.

Diese Wünsche der Bevölkerung wollte ich noch zum Vortrag gebracht haben und hoffe, nachdem wir ja aus dem Voranschlag gesehen haben, daß doch noch einige Millionen für den Ausbau von Straßen, Wegen usw. frei sind, damit auch die Kleinigkeiten, zum Teil sind es ja wirklich solche, die aber auf der Bevölkerung lasten, beseitigt werden.

Nachdem der Voranschlag, wie wir gesehen haben, die bestmögliche Platzierung der verschiedensten Aufgaben in sich hält, wird von unserer Fraktion für beide Voranschläge, sowohl für den ordentlichen als auch für den außerordentlichen die Zustimmung gegeben.

**Bürgermeister JOSEF FELLINGER:**  
Bitte Herr Gemeinderat Hochmayr!

**Gemeinderat JOSEF HOCHMAYR:**  
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn auch bereits die Zustimmung unserer Fraktion zum Budget ergangen ist, so darf ich Ihnen doch zu einigen Punkten noch unsere Stellungnahme bzw. Anregungen mitteilen.

Ich möchte vorerst aber darauf hinweisen, daß das ablaufende Jahr einige Forderungen doch noch unerfüllt sieht, die glaube ich, nicht unberechtigt wären. Wir sind der Meinung und bei dieser Gelegenheit, meine Sehr Verehrten, darf ich wohl an unsere Anträge erinnern, die Ihnen ja bekannt sind und die ich daher nicht wiederholen möchte, und glaube, im Namen der Fraktion zu sprechen, wenn ich Ihnen sage, daß wir hoffen, daß diese Anträge im Jahre 1960 doch verwirklicht werden können. Die Ansätze hiezu scheinen gegeben. Ich möchte gleich zu den Gruppen 4 und 5, die sich ja überschneiden, übergehen und hier mit unseren Anregungen beginnen.

Sie wissen, auf der Ennsleite ist ein neuer Stadtteil im Werden und wie Herr Kollege Moser bereits angeschnitten hat, fehlt uns dort manches für die Jugend. Dies beginnt bereits bei den Mutterberatungsstellen. Die Mütter auf der Ennsleite haben es noch nicht so gut wie die anderen. Sie brauchen eine eigene Mutterberatungsstelle. Was den Mutterberatungsstellen meistens überhaupt fehlt, ist eine Überdachung zur Unterstellung der Kinderwagen. Es ist für die Kinder gefährlich, wenn der Kinderwagen naß wird. Ich glaube, es ist keine Angelegenheit diesen Mangel zu beheben. Die Mittel hiezu wären ja da.

Eine große Sorge sind auch die Spielplätze. Ich darf hier Herrn Kollegen Moser ergänzen und darauf hinweisen, daß in der Fischhub die Möglichkeit

zur Schaffung eines Spielplatzes bestünde. Die ehemalige Schottergrube wird bereits zugeschüttet und ich glaube, daß man hier nur etwas planieren müßte, um einen Spielplatz zu schaffen. Dieses Gebiet würde natürlich auch der unteren Fischhubssiedlung zur Verfügung stehen. Der Platz wäre also vorhanden.

Eine weitere Frage ist die Gesundheit der Kinder. Wir wissen, daß in den Kindergärten die Zahnkaries bekämpft wird und zwar aus allgemeinen Mitteln. Ich glaube, es wäre auch zu prüfen, ob man diese Kariesbekämpfung nicht in der Schule weiter fortsetzen soll.

**Bürgermeister JOSEF FELLINGER:**

Dies ist der Fall. Die Kinder werden alle Jahr untersucht.

**Gemeinderat JOSEF HOCHMAYR:**

Nun noch eine sehr ernste Anregung, meine Sehr Verehrten! Ich verweise hier auf unseren Krebsantrag vor einigen Jahren. Sie wissen, daß, ich möchte Sie hier nicht mit Zahlen belästigen, die Erkrankungen an Krebs leider zunehmen. Sie wissen aber auch, daß die Tuberkulose noch lange nicht gebannt ist. Ich glaube, eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gesundheit der Bevölkerung ist die Untersuchung der Luft in Steyr. Meine Sehr Verehrten, ich glaube, wir können bisher noch nicht feststellen, wie groß der Staubgehalt der Luft in Steyr ist. Wir wissen auch nicht den Anteil der Abgase und wir können selbstverständlich auch die Radioaktivität der Luft über unserem Lebensraum im engen Sinne, über der Stadt, nicht feststellen. Wenn uns auch die beiden Flüsse zur Reinigung behilflich sind, so glaube ich doch, daß die Untersuchung der Luft eine Notwendigkeit wäre. Fachexperten behaupten, daß man dies mit einem Gaspürgerät der Firma Träger sehr gut tun könnte. Das Gerät dürfte sich auf ungefähr S 20 000, -- stellen, also im großen und ganzen keine Angelegenheit. Dieses Gerät hätte aber auch den Vorteil, daß wir die Luft an den Arbeitsplätzen untersuchen könnten, was speziell in Steyr doch notwendig sein würde.

Als besonderen Bazillenträger schildern uns die Experten nicht vergossenen Kleinschlag in den Straßen. Hier gehen die Meinungen der verschiedenen Fachexperten nicht ganz konform. Ich selbst bin aber der Meinung, daß ein mit Asphalt vergossener Kleinschlag besser zu reinigen ist als ein offener. Nicht vergessen dürfen wir bei diesem Kapitel der ja immer wieder Brutstätten für Bazillen darstellenden offenen Kanäle, die sich besonders in den Altstadtgebieten befinden. Besondere Sorgen mit den Straßen, meine Damen und Herren, glaube ich, haben auch die Christkindl-Siedler. Ich glaube, daß man auch für Christkindl im kommenden Jahr ein bisserl etwas tun wird können. Nicht zu vergessen, möchte ich Sie bitten, auf den Fischhubweg. Ich glaube in Zusammenarbeit der Stadtgemeinde mit den Steyrwerken wird sich auch diese An-

gelegenheit zu einem guten Ende führen lassen.

Zur Gruppe 6, Wohnbausektor,

hat Herr Kollege Moser bereits angeführt, daß es die Mietenfrage ist, die uns hier bedrückt. Auch uns drückt diese Sache, meine Sehr Verehrten. Sie wissen, daß man, wie soll ich sagen, je nach dem Geburtsjahr eine billigere oder eine höhere Miete heute zu tragen hat. Das ist leider einmal so. Es erhebt sich hier wohl die Frage, ob tatsächlich alle unsere Mieter ich meine die der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, auch ihre Miete entrichten können, besonders ob Familien im Stande sind, diese zu bezahlen. Es wäre sehr interessant zu wissen, ob wir Mieten aushaftend haben und auf welche Abstände sich diese aushaftenden Mietenrückstände beziehen. Wir sind der Meinung, daß Familien die nur einen Verdienner haben, also keine mitverdienende Ehegattin, mit vielen kleinen Kindern, mit einer Wohnungsbeihilfe von S 30, -- für eine Neubauwohnung nicht auskommen können. Hier ist ja nicht der Gemeinderat der bestimmende Teil, trotzdem möchte ich aber anregen, weil wir ja den Gemeinde- und Städtebund haben, daß hier etwas getan werden soll, damit diesen Familien die große Last der neuen Miete erspart werden kann. Wir wissen aber auch, daß nicht durch Neubauten allein die Mietenfrage, das heißt die Wohnraumfrage gelöst werden kann. Wir wissen, daß zur Wohnraumfrage unbedingt die Erhaltung und Instandsetzung des Althausbesitzes und der Altwohnungen gehört. Hier ist die Fraktion der Volkspartei der Meinung, daß man bei einem goldenen Mittelweg zu einer Lösung kommen und auch hier Wohnungen frei bekommen könnte und zwar dann, wenn bei Neuvermietung dieser den Mieterschutzbestimmungen unterstehenden Altwohnungen eine freie Mietenvereinbarung möglich wäre. Wir glauben, daß dies zumindest einen Ausweg darstellen könnte. Eine besondere Härte trifft die Jungvermählten bei der Vergabe von Wohnungen. Diesen jungen Eheleuten sagt man immer, die Wohnungen seien zu wenig, zuerst kommen die Familien mit Kindern dran und dann erst die jungen Eheleute. Da fragten mich nun schon einige, wie es sich mit den Wohnungsvergaben an in Konkubinat Lebende verhält. Hier glaube ich, besteht schon eine Härte. Man müßte eine Lösung finden, die der Ehe ihre Anerkennung auch auf dem Wohnraumsektor sichert.

Nun zum Dienstpostenplan, meine Sehr Verehrten. Sie wissen, wir haben uns bereits im Vorjahr gerührt und ich möchte auch heute wieder an Sie appellieren, daß wir den Dienstpostenplan im Rahmen der Möglichkeiten, diese sind bestimmt gegeben, zu Gunsten des C-Dienstes ausdehnen, also abändern. Ich glaube kaum, daß ich hier anführen muß, daß man Magistratsbedienstete, die die C-Voraussetzungen haben, nicht nachteiliger behandeln soll, als die Bediensteten des Bundes.

So weit also unsere Anregungen. Abschließend zur Angelegenheit Bundesheer eine kurze Bemerkung. Wir haben ja keinen Posten drinnen betreffend des Bundesheeres und ich weiß, daß Herr Kollege Stadt-

rat Moser seine Anregung auch nicht im schlechten Sinne gemeint hat. Aber ich glaube, das österreichische Bundesheer hat inzwischen auch schon die Anerkennung des Vertragspartners aus dem Osten beim österreichischen Staatsvertrag gefunden.

**ZWISCHENRUF VON STADTRAT MOSER:**  
Der schreibt nicht vor wie stark es sein muß.

**Bürgermeister JOSEF FELLINGER:**  
Bitte Herr Professor Neumann!

**Stadtrat Prof. ANTON NEUMANN:**  
Meine Damen und Herren!

Zum Voranschlag ist schon allerhand gesagt worden und ich will es mir ersparen, einiges davon zu wiederholen. Nur eine Anregung möchte ich geben und zwar betrifft diese die Gestaltung des Platzes bei der Stadtpfarrkirche. Der Herr Stadtpfarrer hat für den kirchlichen Grund ein Parkverbot erreicht. Wahrscheinlich werden nun auf dem Grund, der der Stadt gehört, unter den Bäumen, noch mehr Fahrzeuge geparkt werden. Es schaut aber trostlos aus, wenn vor der Kirche und vor dem Kriegerdenkmal Fahrzeuge herumstehen. Es ist auch kein empfehlenswertes Anblick für Fremde und auch nicht für die einheimischen Steyrer. Es wäre angezeigt, eine Neugestaltung dieses Platzes in Erwägung zu ziehen, was ich dem Stadtbauamt an sein weites Herz legen möchte.

Zu den Ausführungen des Herrn Stadtrates Moser: Wenn es heute jemandem geben sollte, der einen politischen Anschluß an Deutschland anstrebt, so hat der sich lediglich eine Aufenthaltsbewilligung in Niedernhart verdient, denn ein halbwegs vernünftig denkender Mensch, noch dazu der Führer oder Funktionär einer politischen Partei ist, wird kaum auf diese Idee verfallen. Auf die übrigen Ausführungen will ich nicht eingehen, weil ich eine Debatte darüber für unfruchtbar halte und zweitens meiner Meinung nach der Gemeinderat nicht das zuständige Forum ist für Erläuterungen in politischen Angelegenheiten.

Was den Voranschlag betrifft, gibt meine Fraktion Ihre Zustimmung.

**Bürgermeister JOSEF FELLINGER:**

Danke. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Bevor ich Herrn Stadtrat Schanovsky zum Schlußwort bitte, will ich lediglich eine Anfrage beantworten und zwar betreffend das Schulgebäude Ennsleite. Es wäre das gleiche, wenn jemand fragen würde, was geschieht mit den freien Plätzen auf der Ennsleite, die für Bauzwecke vorgesehen sind? Dazu möchte ich sagen, daß diese prädestiniert für den Neubau von Wohnungen sind als der Platz, auf dem die alte Schule steht. Es hat sich eindeutig herausgestellt,

daß diese alte Schule für moderne Wohnungen nicht mehr geeignet ist. Dies ist der Stand der derzeitigen Untersuchungen und Feststellungen des Bauamtes und auch von uns selbst. Wir müßten also mehr Geld auslegen, als wenn wir einen Neubau auf einem der freien Bauplätze, die wir zur Verfügung haben, errichten würden.

Auch die anderen hier vorgebrachten Anregungen wurden bereits in Ausschüssen behandelt, so z. B. die Vorplatzgestaltung bei der Stadtpfarrkirche. Auch Herr Stadtrat Schanovsky wird in seinem Schlußwort eine Reihe von Anfragen bzw. Anregungen nicht zur vollen Zufriedenheit beantworten können. In diesem Falle haben wir ja in den Verhandlungen und Sitzungen des nächsten Jahres noch ausreichend Gelegenheit darüber zu sprechen.

Darf ich nun Herrn Stadtrat Schanovsky um das Schlußwort bitten!

**Stadtrat HANS SCHANOVSKY:**  
Sehr geehrter Gemeinderat!

Unser Voranschlag ist in dem Sinne erstellt worden, mit den vorhandenen Mitteln nur das Notdürftigste, das Vordringlichste im kommenden Jahr zu machen. Schon bei der Erstellung des Voranschlages sind eine Reihe von Wünschen laut geworden, die keinen Platz mehr im Voranschlag gefunden haben und zurückgestellt werden mußten. Es konnten nicht alle Wünsche berücksichtigt werden. Das gilt auch für viele Wünsche, die Sie jetzt in der Debatte vorgebracht haben. Zunächst möchte ich Herrn Vizebürgermeister Paulmayr für seine Ausführungen danken, die er besonders in einer Anerkennung der Leistungen des Bauamtes und der Stadtfeuerwehr zum Ausdruck gebracht hat. Herr Stadtrat Moser hat verschiedene Posten des Voranschlages einer Kritik unterzogen. Ich kann mich nur auf einige dieser Punkte beschränken. Die Äußerungen, die Sie über Punkte außerhalb des Budgets vorgebracht haben, kann ich nicht beantworten. Zunächst haben Sie mit Recht die Belastung für die Berufsschulen hervorgehoben, die das Land gegenüber der Gemeinden erhebt. Wir sind am Wege uns zu bemühen, hier im Kampfe zu retten, was zu retten ist. Was Ihre Kritik über zu hohe Ausgaben für den Sport betrifft, so muß ich Ihnen sagen, steht sie im Widerspruch zu Ihren Wünschen, für die Kinder Spielplätze zu machen, denn beides ist in einem Kapitel untergebracht.

**ZWISCHENRUF VON STADTRAT MOSER:**  
Aber getrennt.

**Stadtrat HANS SCHANOVSKY:**

Sie sehen, wir haben erst die Hälfte von dem was Wels hat, Wir müssen daher noch viel mehr tun. Ich lege in den Beratungen immer großes Gewicht auf den Sport insoferne, weil er die Jugend von der Straße wegführt, weil wir Gott sei Dank in Steyr ein

sehr erträgliches Jugendklima haben und weil es schon zu Römerzeiten geheißen hat, gebt der Bevölkerung Brot und Spiele.

Was die Wohnbaukostensenkung betrifft, so muß ich Ihnen sagen, sind wir sehr streng in der Vergabe der Bauaufträge und jedes Kleine an sich wird abgewogen, ob es preiswert und angemessen ist oder nicht. Sie wissen ja selbst aus dem Stadtrat, daß wir zu 99 % der Fälle dem Bestbietenden den Auftrag geben. Freilich kann man bei Wohnhausbauten durch Verwendung von Bauelementen vielleicht billiger bauen, aber ich glaube, der Wohnhausbau in diesem Zustand ist in unserer Stadt noch nicht so weit notwendig. Was die Fußwege betrifft, so glaube ich, doch nur auf den Voranschlag verweisen zu können, daß wir für das kommende Jahr den Betrag für Gehsteigasphaltierungen von S 100 000, -- auf S 400 000, -- erhöht haben. Damit wird eine Reihe von Wegen instandgesetzt werden. Auch hinsichtlich der zurückgehenden Gewerbesteuer, insbesondere durch die Aushaftung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital sind wir mit dem Städtebund im engsten Kontakt, daß auch diese Post noch, wenigstens zu einem Teil gerettet werden kann.

Was Ihre Wünsche betrifft, so werden sie vielleicht von den einzelnen Referenten der zuständigen Abteilungen notiert worden sein, damit sie, vorallem im Bauausschuß, berücksichtigt werden, soweit es die vorhandenen Mittel erlauben. So sind es z. B. die Ausbesserungen von Straßen und Wegen, für die ja S 1 Mill. vorgesehen ist. Man wird auch im kommenden Jahr das Vordringliche ausgestalten. Damit ist auch vieles von dem beantwortet, was Herr Gemeinderat Hochmayr angefragt und kritisiert hat.

Sehr am Herzen liegt Ihnen der Dienstpostenplan, der ja auch in die Funktion des Personalreferenten fällt. Sie äußern den Wunsch, die C-Stellen zu verbessern und zu ändern. Das ist ein frommer Wunsch. Ich sage Ihnen aber, jede Änderung des Dienstpostenplanes kostet Geld und wir sollen uns nur auf dem Wege der Einsparungen Lorbeern holen, damit der Personalaufwand gesenkt werden kann.

Schließlich danke ich allen Fraktionsrednern für das volle Verständnis, das Sie doch dem Voranschlag gewidmet haben und für ihre zum Ausdruck gebrachte positive Einstellung.

Bürgermeister JOSEF FELLINGER:  
Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses

steht zur Abstimmung. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Voranschlag Ihre Zustimmung geben. Danke. Ich sehe, die Gegenprobe erübrigt sich. Ich kann die einstimmige Annahme des Voranschlages 1960 feststellen.

Wir haben bisher am Ende der Gemeinderatsitzungen die Gepflogenheit gehabt, Ihnen zu sagen, so und so viele Millionen Schilling wurden wieder in Form von Anträgen zur Vergabe an die Wirtschaft usw. weitergegeben. Am Ende unserer heutigen Sitzung können wir feststellen, daß wir uns ein Konzept für die kommunale Arbeit des nächsten Jahres gegeben haben. Ich glaube, Sie eines Sinnes mit mir zu finden, wenn ich vorallem Herrn Finanzreferenten Stadtrat Schanovsky für den Vortrag und die Erarbeitung dieses Voranschlages den herzlichsten Dank ausspreche. Ich will gleichzeitig auch den Dank an die Beamten des Stadtrechnungsamtes hiemit zum Ausdruck bringen, und möchte diesen Dank auch ausdehnen, soweit er nicht nur die Erstellung des Budgets betrifft, auf alle Arbeiter, Angestellten und Beamten des Magistrates Steyr, die im abgelaufenen Jahr die Beschlüsse, die wir gefaßt haben, vorbereitet und nach Beschlußfassung der Durchführung zugeführt haben.

Nachdem dies die letzte Sitzung ist, die im heurigen Jahr stattfindet, will ich Ihnen sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, den herzlichsten Dank für die tatkräftige und von vollem Verständnis getragene Mitarbeit zum Ausdruck bringen, aber gleichzeitig auch die Bitte anknüpfen, daß wir uns im kommenden Jahr 1960 wieder im selben Geiste zusammenfinden, der die bisherige Zusammenarbeit getragen hat.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

Ich bitte nach einigen Minuten Unterbrechung, sich noch einmal zur vertraulichen Sitzung zusammenzufinden.

Ende der öffentlichen Sitzung: 17,45 Uhr.

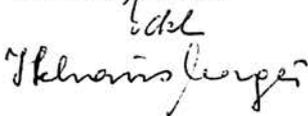
Dauer der vertraulichen Sitzung: 17,45 bis 17,50 Uhr.

(Das Protokoll über die vertrauliche Sitzung befindet sich im Faszikel "Protokolle über die vertraulichen Sitzungen des Stadt- und Gemeinderates" bei der Magistratsdirektion).

Der Vorsitzende:



Die Protokollführer:



Die Protokollprüfer:

